Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die fechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 270. [48. Jahrgang.] Sonntag den 15. November 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 270.

Berlin, den 14. November.

Rückblicke.

Die Interpellationen über den Artikel des Daily Telegraph haben im Reichstag zu Erörterungen geführt, von denen sein monarchisch gesinnter Mann im Deutschen Reiche wünschen wird, daß sie sich wiederholen mögen; Erörterungen, die offenbar werden ließen, daß ein Schatten zwischen dem Kaiser und der Nation liegt.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß die große Mehrzahl der Redner nicht von der Absicht geleitet war, diesen Schatten zu vertiefen, daß ihre Worte von ehrlicher Sorge um das Gemeinwohl getragen waren, und daß fast alle Redner sich bemüht haben, die Kritik innerhalb der Grenzen der Ehrerbietung gegen die Person des Kaisers zu halten. Wenn man dies als den allgemeinen Eindruck der Diskussion festhalten kann, so sind doch im einzelnen starke Uebertreibungen und Irrtümer zu bemerken gewesen, die auch in einem Teile der Preßerörterungen noch weitergesponnen werden. Es sind Aeußerungen über den Kaiser gefallen, als wäre alles weggewischt, was er in den zwanzig Jahren seiner Regierung Großes für das Reich geleistet hat.

Wir möchten ferner der mehrfach geäußerten Befürchtung entgegentreten, als sei der Kaiser über die Stimmung der Nation nicht ausreichend informiert und als werde ihm das Material zu einer solchen Information vorenthalten. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Reichskanzlers, alles Wesentliche, was zur Beurteilung der Situation im Inland und Ausland von Wert ist, zur Kenntnis des Kaisers zu bringen, und diese Aufgabe hat der Reichskanzler auch in der gegenwärtigen Frage in vollem Maße erfüllt.

Mehrfach wird Bedauern darüber geäußert, daß Fürst Bülow am zweiten Tage der Diskussion nicht mehr das Wort ergriffen hat. Es konnte nicht der Wunsch des Reichskanzlers sein, durch erneutes Eingreifen in die Diskussion noch die Möglichkeit der Verlängerung derselben um einen dritten Tag herbeizuführen. Auch wird nicht zu leugnen sein, daß die Debatte am zweiten Tage nicht bis zu Ende ihren ernsten und geschlossenen Charakter bewahrt hatte, und daß es auch an der Formulierung eines bestimmten und gemeinsamen Wunsches gefehlt hat, zu dem der Reichskanzler noch hätte Stellung nehmen müssen.

Wir glauben jedoch nicht der Sache einen Dienst zu tun, wenn wir gegenwärtig näher auf Kriminationen eingehen wollten. Der Schwerpunkt der Situation liegt in der Besprechung, die Se. Majestät der Kaiser am Montag mit dem Fürsten Bülow haben wird. Ihr Ergebnis warten wir in Ehrerbietung vor der Krone und in dem Wunsche ab, daß es bald gelingen möge, zwischen Kaiser und Volk das alte Verhältnis herzlichen Vertrauens in vollem Umfange wieder herzustellen.

Auch die sonstigen Verhandlungen im Reichstage boten bemerkenswerte Gegenstände und Momente. Der schönen Anteilskundgebung des Hauses für die von der schrecklichen Grubenkatastrophe in Westfalen Betroffenen, wo mit die Donnerstagsitzung eingeleitet wurde, fehlte es nicht an weitreichendem Widerhall. Ingwischen ist eine hilfreiche Tätigkeit für die in leider nur geringer Zahl Geretteten und für die desto größere Anzahl der ihrer Ernährer so jäh beraubten Familien eingeleitet worden; man darf hoffen, daß schon auf diesem Wege eine erste Linderung der Folgen des Unheils erzielt wird. Im übrigen gab die fortgesetzte Beratung der Bergarbeiterpetition (sie war, wie erinnerlich, in der vorausgehenden Woche nicht zum Abschluß gelangt) verschiedenen Rednern Gelegenheit, sich zu dem Unglück zu äußern, und von seiten des Zentrums, sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung sind alsbald die gestern mitgeteilten Interpellationen eingebracht worden. Der Vorfall wird also auch für sich allein noch debattiert werden; sein Hineinragen in die Petitionsverhandlung verlieh dieser eher ein Doppelgesicht, weil die Sperrmaßregeln der Zechenverwaltungen und das Ueberschichtenwesen, um die es sich bei der Eingabe allein handelte, mit den Sicherheitsvorkehrungen beim Betriebe jedenfalls keine direkte Berührung haben. Dem Antrage der Kommission gemäß überwies das Haus die Petition der Bergarbeiterverbände zuletzt dem Reichskanzler zur Berücksichtigung. — Staatssekretär Dr. v. Bethmann Hollweg nahm in der Freitagsitzung, die sich mit den Interpellationen, betreffend Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, beschäftigte, seinerseits Anlaß, die Zeitnahme der Regierung angesichts der Grubenkatastrophe auszudrücken. Der Chef der preußischen Bergverwaltung und der Oberberghauptmann hätten sich sofort an Ort und Stelle der Katastrophe begeben. Im übrigen lehnte der Staatssekretär ein Eingehen auf Angriffe gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung des sozialdemokratischen Vorredners ab, legte die Gründe für die internationale Krisis dar, wies auf die Verschiedenheit des Arbeitsmarktes hin und führte die zurzeit ungünstig stehenden Industriezweige auf. Die Hoffnung auf baldige Besserung gründete er auf das Abflauen der Krisenursachen sowie auf die Stärkung unserer Geldverhältnisse. Die Landwirtschaft habe, da ihre Arbeiter in die Fabrik gegangen seien, Ausländer herangiehen müssen. Im Fortwesen herrschte für die Winterarbeiten sogar ein sehr großer Arbeitermangel. Eine regelmäßige Arbeitslosenstatistik sei schwierig und wenig zweckmäßig; lägen die Zahlen schließlich vor, dann hätten sich die Verhältnisse längst geändert, die Kartellpolitik werde dadurch auch nicht endgültig abgeschlossen werden. Ausführbare Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung seien noch nicht gemacht; was die Regierung tun könne, habe sie getan. Auf ähnlichem Standpunkte hielten sich auch im wesentlichen die Redner der bürgerlichen Parteien.

Eingehend war am vorigen Sonnabend und weiter am Montag der Entwurf eines Weingesetzes in erster Lesung geprüft worden. Staatssekretär des Innern Dr. v. Bethmann Hollweg fand mit den in seiner Einführungsrede entwickelten Gedanken Zustimmung bei nahezu allen Abgeordneten, die weiterhin namens ihrer Parteien das Wort ergriffen, und wenn der Vertreter des Wahlkreises Bremen hierbei eine Ausnahme machte, so fanden seine Einwendungen doch im Hause keinen günstigen Boden. Man verwies den Entwurf an eine Kommission und ging zur ersten Beratung des Gesetzentwurfes über, betreffend die Preisfeststellung beim Viehhandel mit Schlachtvieh. Dieser Entwurf will bekanntlich die Möglichkeit schaffen, der Preisfeststellung das Lebendgewicht zu Grunde zu legen. Auch hier leitete, in Gegenwart des preußischen Landwirtschaftsministers, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg die Materie mit einer klaren Begründung des Entwurfs ein. Sein Zweck ist, eine durchsichtige Gliederung der Marktpreise zu erreichen, ohne den Formen, unter denen der Marktverkehr sich vollzieht, zwingende Bedingungen aufzuerlegen. Der Landwirt bevorzuge die Preisfeststellung nach Lebendgewicht. Er habe ebenso ein Recht darauf, selbst den ungefähren Wert seines Produktes zu bestimmen, wie der Konsument das Anrecht habe, im voraus seine Auslagen zu berechnen und zu erfahren, wo der Hauptgrund der Preisverschiebungen liege, beim Produzenten oder beim Schlächter. Abg. Dr. Roesicke (k.) sprach namens des Bundes der Landwirte die Einwendungen gegen die Vorlage und begründete die Wünsche, als Unterlage für die Viehpreisnotierungen auch das Lebendgewicht notieren lassen zu dürfen. Auf eine Befürchtung des Abg. Fischbeck (Frs. Vp.), daß das Gesetz durch Umgehung der Markthallen der Stadt Berlin z. B. einen erheblichen Schaden bereiten könnte, erwiderte der Staatssekretär beschwichtigend und nahm dem Hinweis auf § 68 der Gewerbeordnung. Nach dem Abg. Wachhorst de Wente erhielt der Abg. Kobelt (nl.) als Fachmann das Wort. Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden. — Eine Kolonialdebatte brachte noch die Donnerstagsitzung aus Anlaß der Rechnung über den Haushalt der Schutzgebiete für 1900, nachdem Abg. Erzberger (Z.) den späten Zeitpunkt der Vorlegung und verschiedene Einzelheiten bemängelt hatte. Zwei sozialdemokratische Redner knüpften weitere Beschwerden über den Gang der kolonialen Finanzverwaltung daran, die sich besonders gegen den damaligen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, jetzigen Abg. v. Liebert (Rp.), zuspitzten, was diesem sowie seinen Fraktionsgenossen Frhrn. v. Gamp-Massaunen Anlaß zur Abwehr bot. Ministerialdirektor Conze erstattete eingehenden Bericht über das Rechnungswesen der Kolonialverwaltung, dessen Schwierigkeiten und die kaum zu umgehenden Verzögerungen dabei; er unterließ auch den Hinweis nicht, daß die Ausbildung des Etats von Anfang an keine vollkommene war. Nähere Auskünfte würden in der Rechnungskommission erfolgen, an welche die Vorlage dann überwiesen wurde.

Mit dem Verzicht des schon seit längerer Zeit durch körperliche Leiden in seiner Tätigkeit gehemmten D. Adolf Stöcker auf das Siegener Reichstagsmandat ist für diesen Wahlkreis (Arnsberg 1) eine Ersatzwahl nötig geworden. Die Christlichsozialen werden, einem Wunsche ihres bisherigen Führers entsprechend, den Lic. Mumm aufstellen. Der Wahlkreis gehört, obwohl die Minderheiten stark sind, eine Stichwahl daher nicht ausgeschlossen wäre, zum festen Bestande der Partei. Nur die Nationalliberalen können neben ihr in Betracht. Im Jahre 1907 hatte Stöcker von 30 629 abgegebenen Stimmen 15 361 erhalten, während 8283 den Nationalliberalen, 3075 dem Zentrum, 2954 der Freisinnigen Vereinigung und 949 den Sozialdemokraten zufielen. — Für die Reichstagsersatzwahl in Meseritz-Bomst, die erst am 12. Dezember stattfindet, setzen dortige Zentrumskreise ihre Bemühungen fort, dem deutschen Kandidaten Grafen v. Westarp möglichst viele Stimmen deutscher Katholiken zu entziehen. Eine reichlich tiefsinnige Berechnung, die von der Germania abgedruckt wird, kommt zu dem Schluß, daß die absolute Majorität des Konservativen im Jahre 1907, die 584 Stimmen betrug, nur von deutschen Katholiken gebildet sein konnte, und dieser offenbar höchst unberechtigte Zugang müsse dem jetzigen Blockkandidaten abgedrungen werden. Zwar räumt die Zuschrift ein, das Berliner Zentrumsblatt ein, daß die Erwartung eines Sieges der Deutschen in Meseritz-Bomst das Nächstliegende bleibe, aber es komme jetzt, da es zu einer Organisation der Zentrumsanhänger für diese Wahl zu spät sei, alles auf eine eifrige und rechtseitige Agitation seitens des Zentrums unter den deutschen Katholiken an. „Daß eine solche Agitation erfreuliche Erfolge zu zeitigen vermag, hat sich bei der letzten Wahl z. B. in den Oertschaften Altkoster, Trichtiegel und auch anderwärts gezeigt. Nur wo die Agitation zu wünschen übrig ließ oder ganz fehlte, ging ein beträchtlicher Teil der deutschen Katholiken zum Block über. Diese eifrige Agitation unter den deutschen Katholiken vorausgesetzt, hätte bei einem vereinten Vorgehen der Polen und des Zentrums der gemeinsame Kandidat wohl Aussicht, gleich im ersten Wahlgange zu siegen. Sollten aber beide Parteien eigene Kandidaten aufstellen, so müßte — immer eine energische Agitation bei den deutschen Katholiken vorausgesetzt — eine Stichwahl zwischen Polen und Block sich ergeben, bei welcher die Zentrumswähler den Ausschlag zu geben hätten." — Man darf hier billig fragen: wozu der Lärm? Die deutschen Katholiken haben, selbst wenn die rechnerischen Mutmaßungen des Wahlkalkulators einigermaßen begründet wären, was aber doch dahinsteht, ihrer Auffassung im vorigen Jahre eben durch die Wahl des Deutschen Ausdruck gegeben. Das entspricht der Situation in der Schwarz. Sie ist so klar, daß es allerdings einer sehr energischen Agitation bedürfte, um sie einem noch so kleinen Bruchteil deutscher Wähler zu verklägeln.

Zur Finanzreform.

Dem Reichstag sind von dem bereits in der Allgemeinen Begründung zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend Anordnung im Finanzwesen angekündigten Denkschriftenband die beiden umfangreichen Teile I und II zugegangen.

Band I behandelt die historische Entwicklung und den gegenwärtigen Ausbau des deutschen Finanzwesens auf 840 Seiten, Band II die Finanzen der wichtigsten fremden Länder, nämlich von Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Japan, Oesterreich, Rußland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen wird auf den ersten 120 Seiten in einer Bearbeitung dargelegt, die wiederholt ausgesprochenen Wünschen der Finanzwissenschaft und der praktischen Politiker entspricht, indem sie grundsätzlich aus den in unserem Stat erscheinenden Bruttoziffern den Nettobedarf und die Nettoeinnahmen herauslöst.

Die Ziffern des Etats des Deutschen Reichs — gegenwärtig rund 3 Milliarden Mark — lassen sowohl Bedarf als Deckung fast um die Hälfte höher erscheinen, als sie sind. Um zu erkennen, wie sich der Bedarf und die Einnahmen gestalten, hat die Denkschrift alle sogenannten durchlaufenden Posten ausgeschieden, so die Ausgaben und die durch die Ausgaben aufgezehrten Einnahmen der Betriebsverwaltungen, die Matrikularbeiträge und Ueberweisungen, soweit sie einander decken, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Reichsinvalidenfonds und anderes. Dagegen sind für eine Verwaltung der ordentliche und außerordentliche Etat zusammengezählt, um auf diese Weise erkennen zu können, wie groß die Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige, abgesehen von ihrer im Laufe der Jahrzehnte sehr schwankenden Statisierung gewesen sind. In dieser Weise werden nacheinander dargestellt der Bedarf der Militär-, Marine-, der auswärtigen und inneren Verwaltung, auf der anderen Seite die Einnahmen, die dem Reiche aus Zöllen und Verbrauchssteuern, Stempelabgaben, Erbschaftssteuern u. a. zufließen. Um die Zufälligkeiten der einzelnen Jahre auszuscheiden, sind jedesmal fünfjährige Durchschnitte berechnet. Aus diesen Zahlen kann man die tatsächliche Bedarfs- und Einnahmeentwicklung unabhängig von etatsmäßigen Besonderheiten ablesen.

Es wird sodann das, vielfachen Umwandlungen unterworfene, finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten auf Grund der vorgenommenen Aenderungen und der von der Regierung eingebrachten, aber nicht zur Annahme gelangten Abänderungsvorschläge dargelegt. Es wird für jedes Jahr gegenübergestellt, wie sich auf Grund der obigen Berechnung Bedarf und Einnahmen gestaltet haben. Weiter wird die Entwicklung der Schulden von der Reichsgründung an Jahr für Jahr verfolgt und dabei die einzelnen Bewilligungen, die einzelnen Emissionen, ihr Nominalbetrag, ihr Zinsfuß, ihr Begebungspreis, ihr Emissionskurs, ihr Nettokapitalerlös, der durchschnittlich erzielte Preis und Realzins sowie der Schuldbestand am Ende jedes Jahres in tabellarischer Form wiedergegeben. Daneben werden die langfristigen verzinslichen Schatzanweisungen, sowie die gesamten schwebenden Schulden, insbesondere die Entwicklung der kurzfristigen Schatzanweisungen vorgeführt.

Dieser Teil der Denkschrift ist mit einem umfangreichen Tabellenmaterial versehen und wird unterstützt durch eine Reihe graphischer Darstellungen, die in plastischer Weise die vorhergehend erörterten Gesichtspunkte, insbesondere die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen nach dem Brutto- und Nettoprinzip, die Entwicklung der Schulden und Schatzanweisungen darstellen sollen.

Im zweiten, weit umfangreicheren Teil des I. Bandes werden sodann die Finanzverhältnisse sämtlicher öffentlichen Körperschaften in der Gegenwart und zum Teil auch in der historischen Entwicklung dargelegt. Die Denkschrift geht davon aus, daß man ein klares Bild sowohl über die Verwendungszwecke der öffentlichen Ausgaben, wie insbesondere über die Steuerverhältnisse und die Steuerbelastung nur dann erhält, wenn man neben dem Reich und den Einzelstaaten auch den Bedarf und die Einnahmen der sonstigen öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Gemeinden, der höheren Kommunalverbände, der besonderen Armen- und Schulverbände und der Kirchen heranzieht. Während für Reich und Bundesstaaten seit einer Reihe von Jahren durch das Kaiserliche Statistische Amt eine Finanzstatistik, allerdings zum Teil nach anderen Grundsätzen bearbeitet, vorhanden war, fehlte es für die Finanzverhältnisse der kommunalen und der sonstigen erwähnten öffentlichen Körperschaften bisher durchaus an einer zusammenfassenden Darstellung. Auch in den Einzelstaaten war die Statistik nur teilweise vorhanden. Hier hat das Reichsschatzamt eingesetzt und im Laufe des letzten Sommers eine Reihe umfangreicher Erhebungen vorgenommen, deren Ergebnisse nunmehr in gedrängter Form in die bezeichneten Teile der Denkschrift hineingearbeitet sind.

Zunächst sind sämtliche Gemeinden in Deutschland mit mehr als 10 000 Einwohnern durch eine besondere Enquete über ihre Finanzverhältnisse, nämlich ihre Ausgaben, ihre Einnahmen aus Steuern und ihre Schulden befragt worden. Weiter sind über die steuerlichen Verhältnisse oder sonstigen kommunalen Körperschaften, der Provinzen, Kreise, Distrikte, Amtskörperschaften usw. durch Vermittlung der Bundesstaaten weitgehende Erhebungen veranstaltet worden.

Endlich ist wiederum eine besondere Enquete bezüglich der Kirchensteuern veranlaßt worden, indem das Reichsschatzamt bei den etwa 20 000 deutschen Kirchengemeinden direkt mittels Fragebogen die Steuerverhältnisse erhoben hat.

Die Ergebnisse dieser verschiedenen Erhebungen und Zählungen werden im Beginn des II. Teiles des Denkschriftenbandes I in einer kurzen Darstellung zusammengefaßt. Sodann sind für jeden der Bundesstaaten die Gesetze über die staatliche und kommunale Besteuerung auszugsweise methodisch zusammengestellt; damit wird es zum ersten Male möglich, ein genaues Bild der überaus verschiedenen Steuersysteme in Deutschland zu erhalten. An diese Darstellung der Gesetze schließt sich an eine Finanzstatistik von Reich und Bundesstaaten, und zwar über die bereits vorliegende von 1901/1906 hinaus erweitert auf die Jahre 1881, 1891 und soweit angängig das Rechnungsjahr 1907, sowie die Voranschläge von 1908. Für jedes dieser Jahre sind der gesamte Staatsbedarf, die Ausgaben für Verwaltung im einzelnen, die Roherträge und die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen, die Steuern und die Schulden dargestellt. An diese einzelstaatliche Statistik schließt sich die umfangreiche Mitteilung der Ergebnisse der kommunalstatistischen Erhebungen. In konzentrierter Form werden zunächst die sämtlichen Einnahmen und Schulden kommunaler Körperschaften, sowie die von ihnen erhobenen Abgaben zusammengestellt und im einzelnen die finanziellen Verhältnisse der größeren Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Dieses Material wird insbesondere für die Erkenntnis der gemeindlichen Finanzstatistik, deren tatsächliche Unterlagen bisher äußerst lückenhafte waren, von großem Wert sein und ganz abgesehen von dem Anlaß, dem die Erhebung ihre Entstehung verdankt, ein reiches Feld für die wissenschaftliche Bearbeitung darbieten. Alle Erörterungen über die Fragen der Gemeindefinanzpolitik und damit überhaupt der Finanzpolitik waren damit auf eine neue Grundlage gestellt. Die Denkschrift hebt hervor, daß zu einer völlig umfassenden Ermittlung aller Gemeinden die Versendung von 76 000 Fragebogen notwendig gewesen wäre. Für die höheren Kommunalverbände und die kleineren Gemeinden mußte man sich mit Zusammenfassungen, in einer Reihe von Fällen auch mit Schätzungen, begnügen.

An die Darstellung der kommunalen Finanzwirtschaft schließt sich die Wiedergabe der Resultate der Kirchensteuerenquete.

Die Denkschrift hat sich nicht darauf beschränkt, die Erträge der öffentlichen Abgaben zur Darstellung zu bringen, sondern stellt in weitgehendem Maße die Belastung dar, welche die Abgaben für den einzelnen Steuerzahler bedeuten. Es geschieht dies einmal in der üblichen Berechnung auf den Kopf, sodann aber auch auf Grundlage einer besonderen Erhebung hinsichtlich der Einkommensteuer. In einer umfangreichen Statistik wird dargelegt, wie groß die Belastung auf den verschiedenen Einkommensstufen bei 470 Gemeinden mit staatlichen, kommunalen und kirchlichen Einkommensteuern ist. Mit der Zusammenstellung und Veröffentlichung dieser Erhebung wird zum ersten Male einem oft ausgesprochenen Wunsche der politischen und wissenschaftlichen Erörterung Genüge getan. Der Denkschriftenband I schließt ab mit einer Darstellung derjenigen Ausfälle, welche die Gemeinden infolge der Aufhebung der Oktrois durch die Bestimmung des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 für die Zeit von 1910 ab erleiden werden.

Nach denselben Grundsätzen, wie die deutschen Finanzen, ist nun ferner im Reichsschatzamt von den Finanzen des Auslandes ein Bild entworfen worden. Auch hier ist überall neben den staatlichen Verhältnissen, soweit irgend möglich, die kommunale Finanzwirtschaft in den Kreis der Betrachtung einbezogen worden.

Die Darstellungen beziehen sich gleichfalls tunlichst auf den Nettoetat. Besonderer Wert ist ferner darauf gelegt worden, in den fremden Bundesstaaten, nämlich Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, die finanziellen Verhältnisse zwischen den Bundesstaaten und den einzelnen Gliedstaaten zu erfassen. Der Band umfaßt rund 450 Seiten.

Mit der Veröffentlichung dieses umfangreichen Materials soll ermöglicht werden, eine denkbar breitseite Unterlage für die in den nächsten Monaten zu erwartende finanzpolitische Diskussion zu geben. Die weiteren Materialien über die Entwicklung des Wohlstandes in Deutschland, sowie über die Zusammenhänge zwischen dem öffentlichen Schuldenwesen und dem Kapitalmarkt werden dem Reichstag im Laufe der nächsten Woche noch zugehen. Wir werden auf den Inhalt des hier in kurzen Umrissen geschilderten Werkes in ausführlichen Besprechungen zurückkommen.

Grubenkatastrophe in der Zeche Radbod bei Hamm i. W.

Se. Majestät der Kaiser hat für die bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche Radbod Verunglückten und die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Personen 25 000 ℳ aus seiner Schatulle gespendet und die Summe als Grundstock für eine einzulettende Hilfsaktion dem Oberpräsidenten von Westfalen überwiesen.

Im Auftrag Sr. Majestät des Kaisers begab sich gestern mittag Prinz Eitel-Friedrich nach Hamm, um an Ort und Stelle über die Grubenkatastrophe Informationen einzuholen und dem Kaiser darüber Bericht zu erstatten. Der Prinz kam um 6 Uhr 16 Min. an, begab sich zur Unglücksstelle und besuchte später die Krankenhäuser, das katholische und das städtische.

Auch der Handelsminister Delbrück ist gestern nachmittag gegen 4 Uhr in Hamm eingetroffen und begab sich sogleich zur Unglücksstelle.

Die Teilnahme, welche das furchtbare Unglück überall, auch außerhalb Deutschlands erregt, hat bereits mannigfachen Ausdruck gefunden. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent Luitpold von Bayern hat an den bayerischen Gesandten in Berlin Grafen v. Lerchenfeld folgendes Telegramm gerichtet:

„Schmerzlich ergriffen durch die Nachricht von der entsetzlichen Katastrophe auf der Zeche Radbod, ersuche ich Sie, der schwer heimgesuchten Bergwerksbevölkerung mein aufrichtiges Beileid und meine innige Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen. Ich habe die Hoffnung, angewiesen, Ihnen als Spende für die von so schwerem Unglück betroffenen Familien den Betrag von 3000 ℳ zur Verfügung zu stellen."

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat an den Generaldirektor Janssen in Hamm das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Tieferschüttert durch die Nachricht von der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche Radbod, der so viele brave Bergleute zum Opfer fielen, bitte ich Sie, den Angehörigen der Verunglückten den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme zu übermitteln."

Reichskanzler Fürst Bülow.

Der österreichische Arbeitsminister Geßmann hat an den preußischen Handelsminister ein Telegramm gerichtet, in welchem er in seinem Namen und im Namen der gesamten montanistischen Fachwelt Oesterreichs das tiefste Mitgefühl anläßlich der Katastrophe ausdrückt.

Der französische Botschafter Fürst Radolin erhielt den folgenden Telegramm an den Deutschen Kaiser:

„Frankreich hat die Sympathie, die die deutschen Grubengesellschaften den französischen Bergleuten beim Unglück von Courrières bezeugt haben, und den Heldenmut der französischen Bergleute, die zur Rettung ihrer französischen Kameraden herbeieilten, nicht vergessen. Um so lieber war unsere Ergriffenheit, als wir von dem furchtbaren Unglück vernahmen, das sich auf der Zeche Radbod zugetragen hat. Wir nehmen von ganzem Herzen teil an der Trauer, die das Deutsche Reich in so schrecklicher Weise betroffen hat. Ich bitte Eure Kaiserliche Majestät, den Ausdruck unseres aufrichtigen Beileids entgegennehmen zu wollen."

Se. Majestät der Kaiser hat das Beileidstelegramm des Präsidenten der Französischen Republik, wie folgt, beantwortet:

„Tief gerührt von den Gefühlen der Sympathie, die Sie bei Gelegenheit der furchtbaren Grubenkatastrophe in Westfalen mir im Namen Frankreichs mit solcher Wärme bezeugt haben, lege ich Wert darauf, Ihnen Herr Präsident, meinen persönlichen Dank und den des deutschen Volkes für Ihre Teilnahme an unserer nationalen Trauer und an dem Schicksal der zahlreichen Opfer unter unseren braven Bergleuten auszudrücken. Seien Sie überzeugt, daß bei diesem traurigen Anlaß das Beileid Frankreichs in ganz Deutschland lebhaft gewürdigt wird. Ich bitte Sie, Herr Präsident, meiner ausgezeichnetsten Hochachtung versichert zu sein. Wilhelm II. R."

Der französische Minister des Auswärtigen Pichon stattete gestern dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin einen Besuch ab und sprach ihm im Namen der Regierung die Teilnahme anläßlich der Grubenkatastrophe aus. — Die interparlamentarische Gruppe der französischen Kammer beschloß, an die deutsche interparlamentarische Gruppe eine Adresse zu senden, in welcher sie ihrer innigen Anteilnahme aus Anlaß der Katastrophe Ausdruck gibt und betont, daß sie das Gefühl der Solidarität, welches die deutschen Bergleute bei der Katastrophe in Courrières an den Tag gelegt hätten, nicht vergessen habe. — Der Gemeinderat von Paris hat in innigem Mitgefühl mit der Katastrophe der Bevölkerung Westfalens den Ausdruck der Anteilnahme an dem traurigen Ereignis, welches sie betroffen habe, übermittelt. — Mehrere Pariser Blätter geben ihrem Mitgefühl Ausdruck. Der Temps erinnert an die Beweise menschlicher Solidarität, welche Frankreich nach dem Unglück in Courrières von Deutschland erhalten hat, und sagt, die französische öffentliche Meinung wende sich an das durch die Katastrophe schwer gepraßte deutsche Volk mit dem tief bewegten Ausdruck lebhaftester Teilnahme. Die Action schreibt: Alle Franzosen von Herz und Verstand werden von dem Präsidenten Fallières an den Kaiser Wilhelm gerichteten Depesche zustimmen. Mit dieser Kundgebung wird das Mißverständnis der letzten Wochen beendet und eine Periode wirklicher Entspannung erfolgen. — Die Lanterne schreibt: Wir möchten wünschen, daß das Mitgefühl die Form einer wahrhaft nationalen Bewegung annehme. Anläßlich der Katastrophe von Courrières sind in Deutschland beträchtliche Summen für die Hinterbliebenen der Verunglückten gesammelt worden. Könnte die vereinigte Pariser Presse nicht eine öffentliche Sammlung für die Opfer der Katastrophe von Hamm in die Hand nehmen?

Der Magistrat von Berlin hat gestern beschlossen, 10000 ℳ für die Verunglückten und Hinterbliebenen her bei dem Grubenunglück bei einer Bergleute zu bewilligen und die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung dazu nachzusuchen.

Nach dem Eintreffen des Prinzen Eitel-Friedrich, der auf dem Bahnhofe in Hamm vom Oberbürgermeister Matthei empfangen und von der angesammelten Menge lebhaft begrüßt wurde, fand eine Besprechung statt, an welcher der Handelsminister Delbrück, die beiden Regierungs-